

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

### **des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft**

**zu der Mitteilung der Landesregierung vom 5. September 2013  
– Drucksache 15/4017**

**Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags;  
hier: Denkschrift 2012 des Rechnungshofs zur Haushalts- und  
Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg  
– Beitrag Nr. 11: Landesstelle für Straßentechnik**

#### Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung der Landesregierung vom 5. September 2013 – Drucksache 15/4017 – Kenntnis zu nehmen.

17. 10. 2013

Der Berichterstatter:

Manfred Hollenbach

Der Vorsitzende:

Karl Klein

#### Bericht

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft beriet die Mitteilung Drucksache 15/4017 in seiner 36. Sitzung am 17. Oktober 2013.

Der Berichterstatter trug vor, im Juni 2013 habe der Landtag die Landesregierung ersucht, bei der in der laufenden Legislaturperiode geplanten Organisationsuntersuchung der Straßenbauverwaltung die Landesstelle für Straßentechnik beim Regierungspräsidium Tübingen einzubinden. Die Landesregierung bestätige nun in dem von ihr vorgelegten Bericht, dass die Untersuchung durchgeführt werden solle. Ihn interessiere, in welchem Zeitrahmen sie erfolge.

Seines Erachtens könne die parlamentarische Behandlung des aufgegriffenen Denkschriftbeitrags des Rechnungshofs als erledigt betrachtet werden. Er schlage deshalb vor, dem Plenum zu empfehlen, von der Mitteilung der Landesregierung Kenntnis zu nehmen.

Ausgegeben: 05. 11. 2013

**1**

Ein Abgeordneter der Grünen betonte, seine Fraktion begrüße das geplante Vorgehen. Die Landesstelle für Straßentechnik besitze eine umfassende Kompetenz. Es sei nur konsequent, diese Stelle im Rahmen einer Organisationsuntersuchung der Straßenbauverwaltung einzubinden.

Die anstehenden Untersuchungen seien umfangreich und müssten wohl auch europaweit ausgeschrieben werden. Insofern sei nicht damit zu rechnen, dass schnell Ergebnisse vorlägen.

Der Präsident des Rechnungshofs regte an, den Denkschriftbeitrag parlamentarisch noch nicht als erledigt zu betrachten. Er fuhr fort, gemäß dem vom Berichterstatter erwähnten Landtagsbeschluss seien bei der Organisationsuntersuchung die Ergebnisse zu berücksichtigen, die der Rechnungshof bei seiner Prüfung der Landesstelle für Straßentechnik erzielt habe. Daher liege es nahe, dass sich der Ausschuss nach Abschluss der Gesamtuntersuchung noch einmal berichten lassen sollte.

Der Minister für Finanzen und Wirtschaft wies darauf hin, die noch offenen Fragen müsste das zuständige Fachressort beantworten.

Der Ausschussvorsitzende entgegnete, nach seiner Ansicht sei keine Frage offen.

Sodann stimmte der Ausschuss ohne Widerspruch dem Beschlussvorschlag des Vorsitzenden zu, dem Plenum zu empfehlen, von der Mitteilung Drucksache 15/4017 Kenntnis zu nehmen.

05. 11. 2013

Manfred Hollenbach